

«Immer weniger leisten immer mehr»

Politik und Konsumenten machten auch den hiesigen Landwirten das Leben schwer, sagt der oberste Aargauer Bauer.

Eva Berger

Christoph Hagenbuch empfängt uns auf seinem Hof in Oberlunkhofen. Bereits liegt etwas Frühling in der Luft, die Angus-Rinder sind auf der Weide und freuen sich, als ihnen der Bauer einen Kessel Kartoffeln als Snack mitbringt. Viele der Knollen sind in diesem Jahr wurmstichig, das macht den Kälbern und Kühen nichts aus. Hagenbuch aber ärgert sich, gegen den Drahtwurm im Gemüse kann er wegen immer strengerer Umweltauflagen wenig ausrichten. Der Ausfall entschädigt ihn aber niemand. Schon sind wir mitten im Thema.

In Frankreich werden Orts-schilder als Zeichen des Bauernprotests verkehrt herum aufgehängt. Wann sehen wir solche umgekehrten Schilder auch im Aargau?
Christoph Hagenbuch: Der Bauernverband ist keine Gewerkschaft, wir schreiben den Bauern nicht vor, zu demonstrieren. Ehrlicherweise muss man auch sagen, dass wir nicht die gleiche Ausgangslage haben wie die Landwirte in Deutschland oder Frankreich.

Haben Sie an den Solidaritätsprotesten vom Wochenende in Baselland und im Fricktal teilgenommen?
 Ich war in den Ferien, hätte aber auch sonst nicht mitgemacht. Ich verteuft die Proteste jedoch keineswegs. Ohne Randal sind sie ein gutes Mittel, um auf Missstände hinzuweisen. Bauern sind aber keine Klimakleber, sondern Unternehmer, die andere Berufstätige grundsätzlich nicht von der Arbeit abhalten.

Inwiefern ist denn die Ausgangslage hier anders als in Deutschland?

In Deutschland haben Kürzungen der Direktzahlungen und bei der Agrardieselerückstattung das Fass zum Überlaufen gebracht. Die Direktzahlungen wollte der Bundesrat zwar auch in der Schweiz kürzen, das Parlament hat das aber korrigiert. Die Agrardieselerückstattung wurde in der Schweiz aber nicht einmal vorgeschlagen. Demgegenüber sind in Deutschland Öko-Fundamentalisten am Werk, die den Menschen vorschreiben, wie sie zu leben haben. Das betrifft aber nicht nur die Bauern, sondern mindestens die Hälfte der Bevölkerung.

Also liegt es an der Politik?

Zu einem grossen Teil. Wir haben im Aargau fünf fähige Regierungsräte aus allen grossen Parteien, sodass sich die grosse Mehrheit der Bevölkerung vertreten fühlen darf. Das ist ein Unterschied zur deutschen Ampelkoalition. Weiter haben wir in der Schweiz mehr Geld zur Verfügung, Inflation und Energiepreise sind in den allermeisten Fällen nicht existenzbedrohend. Und schliesslich haben wir eine andere Streikkultur. In Frankreich ist die bäuerliche Demonstration fast institutiona-



Christoph Hagenbuch mit seiner Angus-Herde auf der Weide. Er schreibt den Aargauer Bauern nicht vor, zu protestieren, sagt der Bauernverbandspräsident. Bild: Andrea Zahler

lisiert und kommt alle paar Jahre vor, in der Schweiz kommen Demonstrationen nicht so gut an. Darum ist sie auch nicht unser Mittel der Wahl.

Welche Rolle spielt, dass die Landwirtschaft in der Schweizer Politik so gut vertreten ist?

Wir sind gut vertreten, vor allem aber steht die Bevölkerung hinter uns. Sie will regional produzierende Landwirtschaft. Man muss aber auch sagen: Die Landwirtschaft ist der einzige Bereich, der seit zwanzig Jahren immer gleich viel Geld erhält, während die Budgets andernorts jedes Jahr grösser werden.

Es gibt schliesslich auch immer weniger Bauern.

Ja. Aber die immer weniger werdenden Bauern leisten immer mehr: Für die Biodiversität, den Umweltschutz und die Nachhaltigkeit – für immer gleich viel Geld. Das ist eines der Probleme, die in der Branche Unzufriedenheit verursachen.

Vorlagen für mehr Umweltschutz werden an der Urne aber immer wieder abgelehnt ...

Sie scheiterten in den letzten fünf Jahren immer an der Bevölkerung, dennoch werden sie teilweise umgesetzt. Es gab national noch nie so viele hängige Initiativen wie derzeit. Und der Grund ist klar: Unter dem Druck einer extremen Initiative wird vom Parlament ein Gegenvorschlag ausgearbeitet oder die Forderung mindestens zum Teil auf Gesetzesebene umgesetzt.

Haben Sie da ein Beispiel?

Der Absenckpfad im Pflanzenschutz. Der wurde auch unter dem langen Schatten einer hängigen Initiative vom Parlament

beschlossen. Wir sind nicht dagegen, weniger Pestizide einzusetzen. Der Punkt ist aber, dass ich beispielsweise ohne Pflanzenschutzmittel gegen Drahtwürmer ein höheres Anbauisiko bei den Kartoffeln und rasch einen Ausfall über Zehntausende von Franken habe. Ich bin der Meinung, dass nicht ich das berappen muss, es ist ja die Bevölkerung, vertreten durch das Parlament, die es so will.

Warum ist hier die Konsumentin und nicht der Detailhandel in der Pflicht?

Es sind alle in der Verantwortung. Dass der Detailhandel mehr für Bioprodukte als für konventionelle fordert, ist dabei logisch.

Warum? Der Produzent hat die Mehrarbeit, nicht die Migros.

Der Bioanteil beträgt lediglich 10 bis 15 Prozent am Gesamtumsatz. Dennoch muss die Migros alles doppelt führen. Die Arbeit im Detailhandel bleibt dieselbe, der Absatz ist aber kleiner. Das muss jemand bezahlen.

Also müssen die Konsumenten mehr Bio-Produkte kaufen?

Links-Grün hat zusammen zirka 30 Prozent Wähleranteil in der Schweiz, aber nicht einmal die Hälfte davon ist konsequent und kauft Bio-Produkte. Das ist tatsächlich das Hauptproblem: Man zeigt auf die Bauern, aber die Landwirtschaft kann nicht die Probleme der Gesellschaft lösen. Schon gar nicht gratis. Wir müssen uns von der Überzeugung lösen, dass die Landwirtschaft das Grundübel ist. Sie ist Teil der Lösung und bewegt sich in die richtige Richtung. Die Gesellschaft hat da noch Aufholbedarf.

«Ein Wolf, der im Wald einen Hirsch erlegt, stört mich nicht.»

Christoph Hagenbuch
 Landwirt und Präsident
 Bauernverband Aargau

Derzeit treibt die Schweizer Landwirtschaft ein anderes Thema um: der Wolf. Sie haben vor einem Jahr gesagt, man müsste einen Problemwolf auch im Aargau ab-schiessen können. Ist das für Sie noch aktuell?

Ich sehe das immer noch gleich und stelle fest, dass die Zeit für meine Position arbeitet. Vor einem Jahr durfte man den Wolf nur im äussersten Notfall schiessen, jetzt hat das Wallis allein 27 der Tiere erlegt im Rahmen der Bestandsregulierung. Das ist wichtig: Man kann nicht in einem System wie unserem, das durch die Jagd gelenkt ist, den apex predator machen lassen. Sonst gibt es eine exponentielle Vermehrung, wie wir sie in den vergangenen Jahren gehabt haben. Man muss die Wölfe anders lenken. Aber ein Wolf, der im Wald einen Hirsch erlegt, stört mich nicht.

Dafür ist der Wolf schliesslich auch da.

Ja. Aber das Argument, wonach der Wald stirbt, weil der Wolf fehlt, hält nicht. Wir hatten über 150 Jahre lang keine Wölfe in unseren Wäldern, und in dieser Zeit wurde der Wald immer grösser. Hat es punktuell zu viele Hirsche, können diese auch geschossen werden.

Im Aargau sind sowieso mehr die Wildschweine und Biber die Bauern-Schrecke. Hat man diese im Griff?

Etwa die Hälfte der 200 Jagdgebiete hat Wildschweine im Gebiet, und diese haben die Regulierung heute zum grössten Teil im Griff. Auch dank der Bauern. Von ihnen wird verlangt, dass sie teure Kulturen einzäunen und so vor den Tieren schützen. Ein Wildschweine-Zaun ist aber teuer und aufwendig im Unterhalt – und das bezahlt der Landwirt. Es ist wieder das Gleiche: Die Gesellschaft will etwas, in diesem Fall Wildschweine, und deswegen hat der Bauer mehr Arbeit und mehr Risiko. Beides wird nicht entschädigt. Das ist in Deutschland ebenso – mit etwas anderen Vorzeichen. Deshalb gehen dort die Bauern auf die Strasse.

Lernfahrerin und Beifahrer nach Unfall verurteilt

Ursina Mühlethaler,
 ArgoviaToday

Strafbefehl Im vergangenen Sommer war eine Aargauer Lernfahrerin mit einer Begleitperson im Auto unterwegs, doch die Lernfahrt lief alles andere als rund. Die 26-Jährige aus dem Westaargau sass am Steuer, als ihr Beifahrer kurz vor einem Kreisel die Handbremse zog. In der Folge kam die Frau, welche den VW lenkte, von der Strasse ab und krachte mit dem Auto in einen Randleitpfosten.

Der Beifahrer wurde wegen Verletzung der Verkehrsvorschriften als Begleiter des Lernfahrsers zu einer Busse verurteilt. Gemäss dem Strafbefehl hat er es vorsätzlich unterlassen, dafür zu sorgen, dass die Fahrt gefahrlos durchgeführt wird und der Fahrschüler sich an die Verkehrsvorschriften hält. Wegen dieses Fehlverhaltens wird der Mann zu einer Busse von 400 Franken verurteilt. Ausserdem muss er eine Strafbefehlsgebühr von 500 Franken begleichen. Tut er dies nicht, tritt anstelle der Busse eine Ersatzfreiheitsstrafe von vier Tagen.

Beifahrer verfälscht das Unfallszenario

Auch für die Lernfahrerin hat der Selbstunfall Konsequenzen. Sie wurde wegen Nichtbeherrschens des Fahrzeuges verurteilt. Ausserdem wird ihr pflichtwidriges Verhalten nach Verkehrsunfall ohne Personenschaden zur Last gelegt. Dies, weil sie statt sich der Polizei zu stellen, sich von der Unfallstelle entfernt hat. Besonders brisant: Nach der Kollision, welche die Lernfahrerin verursacht hatte, setzte sich ihr Begleiter auf den Fahrersitz und suggerierte so, das Auto gelenkt zu haben. Die 26-Jährige wurde schliesslich zu einer Busse von 400 Franken, einer Strafbefehlsgebühr von 500 Franken und Polizeikosten von 310 Franken verurteilt.



Nach der Lernfahrt kam der Strafbefehl Bild: Sandra Ardizzone

ANZEIGE

JA
RENTEN-INITIATIVE

Thierry Burkart
 Ständerat

«Die Renteninitiative sichert die AHV – ohne Steuererhöhung und ohne Rentenkürzung.»

renten-sichern.ch